

**Bericht zur Frühjahrstagung 2018
des Arbeitskreises zur Erforschung der NS-"Euthanasie" und Zwangssterilisation**

in Görlitz vom 8.06.- 10.06.2018

Veranstalter: Brüder- und Schwesternschaft Martinshof e.V.

Thema:

NS- "Euthanasie" und Zwangssterilisation in Schlesien



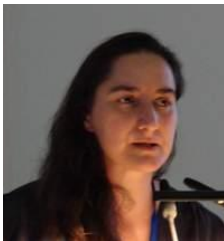
Schlesisches Museum

Freitag, 8.06.2018

Veranstaltungsort: Schlesisches Museum zu Görlitz

Eröffnung: Manja Krausche (Görlitz)

Sie eröffnete die Tagung und dankte insbesondere den Kooperationspartnern *Schlesisches Museum zu Görlitz, Hochschule Zittau/ Görlitz, Gedenkstätte Pirna Sonnenstein, Gedenkstätte Großschweidnitz* sowie der Stiftung *Erinnern Verantwortung Zukunft (EVZ)*, die die Veranstaltung wesentlich mit ermöglicht haben.



Manja Krausche



Markus Bauer



Petra-Edith Pietz

Grußworte: Markus Bauer (Martinshof) und Petra-Edith Pietz (theologischer Vorstand der Brüder- und Schwesternschaft)

Markus Bauer: Man hätte die Teilnehmer gern in der Görlitzer Synagoge begrüßt, aber diese wird zur Zeit umgebaut, so dass es leider nicht möglich war. - Forschungen zum Martinshof sind Neuland. Vieles ist schlecht oder noch gar nicht erforscht. Überraschend wenig gibt es auch zu Schlesien in der NS-Zeit. Um eine Vorstellung zu bekommen: Zu Flucht und Vertreibung gibt es ca. 6 m Literatur, zur NS-Zeit in Schlesien ca 34 cm. Auch polnische Historiker interessieren sich nicht dafür.

Petra-Edith Pietz: Seit 1945 gab es auch hier am Martinshof Verdrängung. Dies war dann auch noch in der DDR der Fall. Nach der Wende begann eine erste Erinnerung, und 1995 wurde ein neuer Gedenkort eingerichtet. Zwar habe es in der evangelischen Kirche am 19. Okt. 1945 ein einmaliges Schuldbekenntnis gegeben, aber letztlich sei fortlaufende

Erinnerung wichtig. Ein Einschnitt sind hier sicher die UN-Behinderten-Konvention sowie das neue Teilhabegesetz. Hier gehe es gegen Selektion, die früher so furchtbare Folgen gehabt hat.

Michael Wunder (Hamburg): Worte zum 35-jährigen Bestehen des Arbeitskreises

Er beginnt mit einem Grußwort von Gerhard Bader, der seit den Anfängen des AK bei fast jedem Treffen dabei gewesen sei. Er konnte diesmal wegen eines Krankenhausaufenthaltes leider nicht teilnehmen.

Das erste Treffen des AK fand im Nov. 1983 in Gütersloh statt. Seitdem gibt es regelmäßige Treffen jeweils im Frühjahr und im Herbst. Es sei schon enorm, dass der AK so lange bestehen konnte, da er keine feste Struktur wie z. B. ein Verein hat. Es sei ein Kreis von interessierten Menschen, denen es gelungen ist, über die vielen Jahre hinweg den AK aufrecht zu erhalten.

Aus mehreren Gründen sei der AK nach wie vor wichtig:

- als Verbindung von Historikern, Medizinern, Journalisten etc.
- zum Erinnern und Einmischen in aktuelle Debatten
- bei der Erinnerungsarbeit bis hin zum T4-Denkmal in Berlin

Wie war die Gründungssituation? - Damals war die Frage, was hier in Deutschland konkret passiert sei. Für viele war das unklar, oft betraf es ja ihre eigenen Arbeitsplätze. Jetzt wird die Aufarbeitung eher von den Enkeln übernommen, nicht mehr von den Töchtern und Söhnen. Dieser Abstand sei wohl nötig gewesen.

Am Anfang wurde im AK viel mehr gestritten als jetzt, auch mit Verletzungen untereinander.

Weitere Punkte im AK seien: Man müsse z.B. unterscheiden zwischen Ereignis- und Wirkungsgeschichte. Ein anderer Punkt sei die Regionalforschung, die im AK einen hohen Stellenwert hat. Dies wurde jedoch von Götz Aly, der am Anfang auch im AK war, kritisiert. Er nannte dies "unsere Heimatkundler". Dies sei zwar auch wichtig, könne aber nicht die großen Zusammenhänge erfassen, z.B. die Zentrale der Euthanasie-Aktion. Das Ganze sei eben mehr als die Teile.

Weshalb hat der AK nun Bestand? - Man könne hier Antworten auf aktuelle Entwicklungen bekommen (obwohl vor 25 Jahren in Gütersloh schon auch das Gefühl vorhanden war, eigentlich fertig zu sein).

Zu einzelnen Punkten:

- *Ereignisgeschichte*: Diese sei weitgehend erforscht. Wichtig sind nun Alltagsgeschichten (Biographien usw.) Es gäbe neue Totenbücher, Stolperstein- Aktionen, Patchwork- Projekte (z.B. für alle 70 000 Euthanasie-Opfer).

- *Wirkungsgeschichte*: Wichtig sei hier z. B. die Bioethik-Debatte. Diese werde oft geschichtsvergessen geführt. Hier gab es die Grafenecker Erklärung zur Bioethik, die wichtig gewesen sei. Weitere Themen seien auch die PID, Pränataldiagnostik usw.

- *Zum AK*: Es sei kein Verein. Er sei sehr pluralistisch angelegt, und man halte doch zusammen. Es sei eine Art "Haufenbildung" mit Netzwerkcharakter. Auch die Weitergabe des "Staffelstabes" klappe gut, was sehr erfreulich sei.

- *Aktualität*: Die gesellschaftliche Realität sollte man mehr in den Blick nehmen. So kommen auch mehr Schulklassen in die Gedenkstätten. Andererseits werde die NS-Vergangenheit oft noch bagatellisiert. Auch Behinderte sollte man weiter im Blick behalten. Dabei sollte man sich den Debatten stellen und auch bei neuen Entwicklungen keine Angst haben.

Diskussion: Wir sind in der Ereignisgeschichte mittendrin (Hohendorf). - Auch die 2. Reihe der Täter sei wichtig. (Stierl). - Zur DDR: Wegen der DDR gab es eine Verschiebung der

Aufarbeitung. Schlesien war in der DDR ein Unwort, es durfte nicht erwähnt werden. Für die Kirchen gab es große Probleme in der DDR bis hin zur Enteignung von Grundstücken. Auch Vereine hätte es in der DDR nicht mehr gegeben.



Michael Wunder



Siegfried Hoche

Öffentliche Vorträge:

Markus Bauer (Martinshof): Ausnahmezustand. Schlesien im Nationalsozialismus

Zum Ende der Weimarer Republik waren in Niederschlesien die SPD und in Oberschlesien das Zentrum die stärksten Parteien. Breslau war immer eine Stadt mit der höchsten Arbeitslosigkeit im Reich. Zudem war es seit Mitte des 19. Jh ein wichtiges jüdisches Zentrum mit ca 23.000 Juden. Nach Berlin und Frankfurt war es damit die Stadt mit dem drittgrößten jüdischen Bevölkerungsanteil.

Die Zeit nach der Machtübernahme verlief in Schlesien sehr brutal. Schon im April 1933 wurde das erste KZ eingerichtet. Diese erste Phase endete mit dem Röhm-Putsch (Juni/ Juli 1934). Der neue Gauleiter Josef Wagner (ab Januar 1935) galt als gemäßigt. Die Arbeitslosenzahl ging in den Jahren 1933-35 stark zurück, auch wegen der Arbeiten im Straßen- und Kanalbau. -

Ein Problem war, dass Ostoberschlesien nach dem 1. Weltkrieg polnisch geworden war. Dadurch war die Unterstützung für die NS-Herrschaft sehr stark, Widerstand kam hauptsächlich nur aus Kreisen der KPD oder SPD.

Nach Kriegsbeginn wurde Schlesien um Ostoberschlesien erweitert, später auch um weitere ehemals polnische Gebiete, wodurch Auschwitz schließlich auch in Schlesien lag.

Nach einer Intrige wurde Gauleiter Wagner 1941 entlassen. Er galt als sehr polen-freundlich. Sein Nachfolger war ein fanatischer Nazi.

Im Krieg galt Schlesien als "Luftschutzkeller", da es dort kaum alliierte Luftangriffe gab. Viele Menschen wurden daher dorthin evakuiert. Am Kriegsende wurde das offene und ungeschützte Breslau als "Festung" erklärt, mit schlimmen Folgen für die Bevölkerung.

Siegfried Hoche (Ratsarchivar Görlitz): Görlitzer Medizingeschichte

Görlitz war im 12./ 13. Jahrhundert entstanden. Schon früh lebten dort Juden, die wichtig für Handel und Medizin waren. - In den mittelalterlichen Städten war die Hygiene meist sehr schlecht, insbesondere sauberes Wasser war ein großes Problem. Bier war auch deswegen ein wichtiges Getränk, weil es mit sauberem Wasser hergestellt wurde. - Eine gute Wasserversorgung mit Wasserleitungen gab es in Görlitz schon um 1728. Im 15. Jh. hatte man auch schon eine Kanalisation für Abwässer. Im 16. Jh. wurde es dafür gerühmt und verglichen mit Städten wie Rom oder Straßburg.

Ein weiteres Problem war die Pest. Häufig gab es Pestepidemien; eine große Pestepidemie war um 1585/86. Hierzu gibt es eine der ersten genehmigten Statistiken: Innerhalb der Stadtmauern (intra murus) starben 757 von 3916 Bewohnern, außerhalb der Stadtmauern (extra murus) starben 1698 von 5193 Einwohnern.

Samstag, 9.06.2018

Gemeinsame Fahrt zum Martinshof (Rotenburg); ca. 20 km nördlich von Görlitz

Grußwort: Andreas Drese (Diakon, Vorsitzender der Brüder- und Schwesternschaft Martinshof e.V.)

Die Gründung des Martinshofes im Jahre 1898 geht auf Martin von Gerlach zurück. Er war in einer diakonischen Einrichtung bei Breslau tätig, in der es damals große interne Schwierigkeiten gab. Von Gerlach fuhr dann mit dem Zug von Breslau nach Wittenberg, wobei sich im Zug ein Kontakt ergab, durch den er auf das jetzige Gelände des Martinshofes aufmerksam gemacht wurde. Von Gerlach ergriff die Gelegenheit und gründete dort eine neue Einrichtung der Diakonie. Das erste Haus hieß Zoar, das heißt Zuflucht am Wasser, nach der Geschichte aus der Bibel mit Lot, was eine passende Bezeichnung war, da es direkt an der Neiße lag. - Der Martinshof gehörte bis 1945 zu Provinz Schlesien; östlich der Neiße lagen auch einige Teile, die sich jetzt auf polnischen Gebiet befinden, aber inzwischen verfallen sind.

Vorstellungsrunde (mit Kurzinfos)

- Friedrich Leidinger wies auf den Bau einer Gedenkstätte in der ehemaligen Kinderfachabteilung Waldniel (Rheinland) hin.
- In Irsee gibt es z.Z. mehrere Projekte, darunter ein Theaterprojekt zu dem früheren Leiter der Heil- und Pflegeanstalt Irsee, Faltlhauser.
- Der Nachlass von Ernst Klee ist inzwischen in der Gedenkstätte Hadamar und wird dort gesichtet.
- In Bernburg wird am 2. September 2018 eine neue Dauerausstellung zur NS- "Euthanasie" eröffnet.
- Die nächsten Treffen des AK finden statt in: Trier (Herbst 2018), Mainkofen (Frühjahr 2019), Hadamar (Herbst 2019) und Pirna/ Sonnenstein (Frühjahr 2020).



Andreas Drese



Friedrich Albrecht



Dietmar Schulze

Moderation: Friedrich Albrecht (Rektor der Hochschule Zittau/ Görlitz)

Dietmar Schulze: Forschungsüberblick zur Aufarbeitung der NS-"Euthanasie" und Zwangssterilisation in der Provinz Schlesien

In Westdeutschland habe man von Niederschlesien kaum eine Vorstellung. - Die niederschlesischen Akten bzw. Krankenakten sind beim Einmarsch der Roten Armee fast alle vernichtet worden; dazu ist also kaum etwas bekannt. - Oberschlesien war mehr im Fokus. Es galt als Keil ins Slawenland. In der Volksabstimmung nach dem 1. Weltkrieg sprach man sich für Deutschland aus; trotzdem wurde Oberschlesien geteilt, und das wirtschaftlich wichtige Ost-Oberschlesien (mit Kattowitz) kam zu Polen. Es war fortwährend ein ständiger Zankapfel.

Nach Kriegsbeginn sollte Schlesien nach Osten erweitert werden. Der - eher moderate - Gauleiter Wagner war dagegen. Erst als er nach einer Intrige abgesetzt wurde, setzte man dies um (1941). Keine zwei Monate später begannen die ersten Abtransporte. - Vorher hatte es wegen Wagner nicht solche Exzesse gegeben wie z.B. nach Kriegsbeginn in Pommern.

Es gab eine neue Aufteilung von Nieder- und Oberschlesien, auch mit zusätzlichen Gebieten im Osten. Auschwitz lag damit nun auch in Schlesien. Die Lage war sehr unübersichtlich. 1942 wurde dann eine neue Provinzialverwaltung eingeführt.

Viele Unterlagen liegen heute im Archiv Kattowitz. Diese werden kaum genutzt, anders als zum Beispiel die Archive in den USA. Auch besteht in Polen nur wenig Interesse am Thema "NS-Zeit in Schlesien". Es gilt als deutsches Thema.

1967 hatte es ein Rechtshilfeersuchen der BRD wegen der Kinderfachabteilung Loben und der damals leitenden Ärztin Elisabeth Hecker gegeben. Es kam 1968 zum Prozess, der aber ergebnislos verlief, das Verfahren wurde eingestellt.



Vortragssaal Martinshof

Manja Krausche (Görlitz): Das Brüder- und Pflegehaus Zoar-Martinshof im Nationalsozialismus

Manja Krausche arbeitet seit zwei Jahren an der Geschichte zum Martinshof.

1898 war der Martinshof - nach einem Krach in Breslau - von Martin von Gerlach gegründet worden. Die Häuser wurden nach dem Hauselternprinzip geführt; pro Haus gab es zwischen 20- 30 Pfleglinge, die jeweils von einem diakonischen Elternpaar betreut wurden. Die Bindungen sollten möglichst eng sein. Im Durchschnitt lebten ca 260 betreute Personen auf dem Hof. Dieser war ein florierendes Wirtschaftsunternehmen, das weitgehend autark war.

Die Leitung von 1920- 1950 hatte Curt Zitzemann, der selbst viele Sterilisationsanträge stellte, die vom Arzt nur abgezeichnet wurden. Er selbst nahm auch Intelligenzprüfungen vor. Für den Martinshof war das Erbgesundheitsgericht Görlitz zuständig, das oft auch am Martinshof tagte.

Die Hauseltern hatten das Fürsorgerecht. Oft sagten sie vor dem Erbgesundheitsgericht aus. Auch von ihnen wurden Sterilisationen teilweise eingefordert, einige Male wurde bei einer Ablehnung sogar Revision beim Erbobergesundheitsgericht eingelegt. Für Sterilisationen war das Krankenhaus in Niesky zuständig, das hierfür ermächtigt war. Die Betroffenen blieben dort meist 14 Tage.

Ab 1940/ 41 wurde das Verhältnis zum Staat schlechter. Es gab von dort Begehrlichkeiten, auch wegen der guten wirtschaftlichen Verhältnisse. Die Einrichtung wurde beschlagnahmt. Ab Mai 1941 sollte für jüdische Patienten (ca 140 Personen) Platz gemacht werden. Die anderen Patienten wurden abgeholt, ohne dass es Widerstand gegeben hätte. Die Mitarbeiter durften bleiben. Von 1941- 43 war es ein Durchgangslager für jüdische Patienten, insgesamt von über 1000 Personen. Diese wurden dann weiter nach Auschwitz, Theresienstadt oder Lublin „verlegt“. Am 15. Februar 1945 wurde die Einrichtung evakuiert.

Der Name "Martinshof" wurde erst 1941 gegeben. Vorher hatte die Einrichtung einen biblischen Namen, der nun nicht mehr erwünscht war. Eine offene Auseinandersetzung mit der Geschichte der Einrichtung erfolgte erst nach der Wende.

Diskussion: Michael Wunder merkte kritisch an, dass es erst Behinderte, dann Juden in der Einrichtung gegeben hätte, dass die Diakone aber blieben und ihren "Liebesdienst" weiter machten, sozusagen ohne Kritik. Auch ein Problem sei, dass der von den Nazis gewählte Name "Martinshof" geblieben sei.



Manja Krausche



Boris Böhm



Hagen Markwaldt

Boris Böhm (Pirna-Sonnenstein): Die Ermordung schlesischer Patienten während der "Aktion T4" in Pirna- Sonnenstein

1811 wurde Pirna/ Sonnenstein gegründet und war eine der ältesten Psychiatrien in Deutschland. - Im April/ Mai 1940 wurde es als Tötungsanstalt eingerichtet. Einzugsgebiet waren die Ostgebiete mit Schlesien und Ostpreußen sowie Sachsen.

In Schlesien spielte die Landesanstalt Bunzlau eine wichtige Rolle, die zunehmend auch als schlesische Sammelanstalt genutzt wurde. Ca. 2600 Personen wurden von dort nach Sachsen verlegt.

Nach Sonnenstein kamen meist große Transporte. Die "grauen Busse" waren hier stationiert. Sie gehörten nicht zur Gekrat, sondern waren kommunales Eigentum. Es fuhren meist vier Busse in die Zwischenanstalten, im Allgemeinen wurden 60- 80 Personen abgeholt. Die Diagnose wurde ab April 1940 reichsweit nur von Ärzten geführt, nachdem es in Grafeneck Probleme gegeben hatte. Dort hatte es Diagnosen auch von Schreibkräften gegeben, die z.T. fehlerhaft waren. So war als Todesursache zum Beispiel eine Blinddarmentzündung angegeben worden, obwohl die Person gar keinen Blinddarm mehr hatte.

Die Gruppen im Vergasungsraum der Tötungsanstalt betrugten etwa 20- 30 Menschen. Nach der Einleitung des Gases waren die Menschen etwa nach 10 Minuten tot. Anschließend wurden sie verbrannt. Die Leichenbrenner waren die einzigen SS-Leute in Pirna/ Sonnenstein. Die Urnen wurden im Verlauf von 14 Tagen entweder zugesandt (sofern das die Angehörigen wünschten) oder auf einem (fiktiven) Anstaltsfriedhof zum Schein beerdigt. Es gab zwar einen Anstaltsfriedhof, aber nicht für "Euthanasie"-Opfer. Von ihnen wurde die Asche meist auf einen Anhang zur Elbe hin verstreut.-

In Schlesien hatte die T4-Aktion erst spät eingesetzt, daher gibt es auch erst spät - von April- November 1941 - Todesanzeigen von ermordeten Patienten. Diese riefen bei Angehörigen oft Misstrauen hervor. Jüdische Patienten aus Schlesien wurden jedoch schon nach dem Erlass vom Nov. 1940 erfasst. Sie wurden in der Provinzialanstalt Leubus gesammelt und von dort in die Tötungsanstalten verbracht. Die Todesmeldungen kamen dann oft von der fiktiven Reichsanstalt in "Chelm".

Hagen Markwardt: Schlesische Patienten als Opfer der NS-Krankenmorde in Großschweidnitz

In Sachsen herrschte zwar ein permanenter Bettenmangel in den Einrichtungen, trotzdem gab es viele Zutransporte, insbesondere aus Schlesien. Diese erfolgten in einzelnen Etappen:

12.4.1941 aus Bunzlau - 128 Personen (davon 103 T4-Opfer)
 24.6.1941 aus Bunzlau/ Schlegel - 116 Personen (davon 88 T4-Opfer)
 25.6.1941 aus Leubus, Branitz, Namslau - 78 Personen (davon 52 T4-Opfer)
 26.6.1941 aus Leubus, Schlegel - 115 Personen (davon 111 T4-Opfer)
 30.6.1941 aus Proskau - 26 Personen (davon 25 T4-Opfer)

Weitere Transporte kamen nach der Aktion am 8./ 13./ 18./ 20. und 25.8.1941.

Auch nach Ende der T4-Aktion war die Sterblichkeitsrate in Großschweidnitz sehr hoch, anders als in Arnsdorf oder Zschadras, da dort die Direktoren sich anders verhielten. Insgesamt lässt sich von Sachsen sagen, dass man sich der Durchgangspatienten schnell entledigen wollte. Diese verstarben meist schneller als die anderen Patienten. Auch das "Heimatlos werden" war für die Durchgangspatienten eine zusätzliche Belastung.

Verlegungen aus Schlesien in sächsische Zwischenanstalten:

	<i>Anzahl</i>	<i>in Pirna/ Sonnenstein ermordet</i>
<i>Arndorf</i>	482	249
<i>Großschweidnitz</i>	716	387
<i>Waldheim</i>	457	168
<i>Zschadras</i>	744	512
<i>Gesamt</i>	2399	1307

Rundgang



Gedenkort Martinshof



Auf dem Weg zur Neisse



Tormersdorfer Allee



Neisse bei Rotenburg



Gedenkstein an der Neisse

Ein Teil des Martinshofes lag früher auf der anderen Seite der Neisse, der heute zu Polen gehört. Dort gab es früher den Ort *Tomersdorf*, der heute nicht mehr existiert. In dem Ort waren einige Gebäude und ein Friedhof der Einrichtung. Heute gibt es einen Film des Martinshofes, der Erinnerungen ehemaliger Bewohner über Tomersdorf zeigt.

<https://www.youtube.com/watch?v=H6jJL84pRQ>

Maria Fiebrandt (Dresden): Zur Konzeption der Gedenkstätte Großschweidnitz und der derzeitige Arbeitsstand

Vor drei Jahren haben die Arbeiten zur Neugestaltung der Gedenkstätte Großschweidnitz begonnen. Maria Fiebrandt berichtete über die zahlreichen Änderungen, Neuerungen und Umbauten auf dem Gelände. Die Gedenkstätte wird einen Anbau erhalten, auch auf dem Außengelände des Friedhofs wird es zu Umgestaltungen kommen. Außerdem gibt es eine neue Ausstellung von Gerhard Richter mit dem Titel "Bildübergänge". Diese Ausstellung sei Segen und Fluch zugleich, wie sie betont. Einerseits erreiche man eine hohe Aufmerksamkeit, andererseits sei auch ein hoher Versicherungsbeitrag zu zahlen.



Konzeption der Gedenkstätte Großschweidnitz

Petra Fuchs (Hochschule Görlitz): Behinderung im Kontext von Zwangssterilisation und Zwangsverhütung

Ein Einschnitt für die Behinderten-Bewegung sei in den 1980er Jahren das Frankfurter Reise-Urteil gewesen. Eine Frau hatte geklagt. Es ging um eine Minderung des Reisepreises, weil sie bei ihrer Urlaubsfahrt den Anblick Behinderter ertragen musste.

Ernst Klee schrieb dann das Buch über "Behinderte im Urlaub". Es gilt als wichtiger Beitrag für die Behinderten-Bewegung, die in den 70er/ 80er Jahren entstand.

Ein Motto war nun: "Man ist nicht behindert, sondern man wird behindert."

Im angelsächsischen Raum gab es damals die Disability Studies. In Deutschland erschien 1982 die "Krüppelzeitung", später auch die "Randschau".

Außerdem gab es in den 70er/ 80er Jahren eine deutliche Zunahme von Sterilisierungen (ohne Einstimmung), was zunächst in der Öffentlichkeit aber wenig Beachtung fand. 1984 wies eine Panorama-Sendung darauf hin. So entstand eine Diskussion, die schließlich zum Betreuungsgesetz von 1991 führte. Heute seien Sterilisationen eher selten. Stattdessen gäbe es vermehrt Angebote zur unterstützten Elternschaft.



Maria Fiebrandt



Petra Fuchs



Petra Fuchs und Michael Wunder

Michael Wunder (Hamburg): Sterilisation ohne Einwilligung heute

M. Wunder wies auf den Fall Boyens hin und zeigte anschließend Ausschnitte aus dem Film "Alsterdorfer Passion", in dem über diesen Fall berichtet wird. Hier geht es um das Leid Zwangssterilisierter.

Boyens war 1988 aus den Alsterdorfer Anstalten abgehauen. Er machte dann eine Gesellenprüfung und heiratete. Es kamen aber keine Kinder. Er ließ sich untersuchen, und der Arzt stellte fest, dass er zwangssterilisiert worden war. Später erhielt er 14 000 € Entschädigung. Im Film erzählt er von seinem Leid: Er sei gekennzeichnet für sein ganzes Leben, habe das Gefühl "du bist es nicht wert gewesen", auch gegenüber der Partnerin spürte er dies Gefühl.

In den 70er/ 80er Jahren erfolgten in Deutschland verstärkt Sterilisationen ohne Einwilligung. Schließlich gab es den "Barmbeker Skandal", durch den das Thema öffentlich wurde. Auch im AK sei es besprochen worden. - Im Nov. 1987 gab es einen ersten Appell gegen ein neues Sterilisationsgesetz. Der Appell erschien auch in der Frankfurter Rundschau. Zu der Zeit gab es etwa 1000 Sterilisationen ohne Einwilligung pro Jahr.

Heute nennt man als Argumente eine fehlende Einsichtsfähigkeit oder die Unfähigkeit zur Kindererziehung. Als Forderung wurde dem nun entgegengesetzt, dass auch behinderte Eltern ein Recht auf eigene Kinder hätten. - Im Okt. 1989 folgte dann ein 2. Appell gegen ein Gesetz, der wieder auch in der Frankfurter Rundschau erschien. Beide Appelle sind zu lesen auf der Webseite des AK: <https://www.ak-ns-euthanasie.de/stellungnahmen>

Am 1.1.1992 trat schließlich ein neues Sterilisationsgesetz in Kraft. Dabei gab es zunächst eine Meldepflicht, die dann aber abgeschafft wurde.

In der BRK wird eine Zwangssterilisation in Art. 39 ausdrücklich verboten. - Heute ist eher die 3-Monats-Spritze üblich. Bei 43% aller geistig behinderter Frauen, die in Einrichtungen leben, sei das der Fall. Dabei gäbe es aber auch medizinische Probleme. Häufig wird heute eine begleitete Elternschaft angeboten. So gäbe es jetzt in über 20 Städten Gruppen, die in dieser Weise Frauen begleiten, wobei auch zu erwähnen sei, dass behinderte Frauen nicht notwendigerweise behinderte Kinder haben. Bei diesen Fragen gehe es vor allem um die Gruppe der Frauen mit Lernschwäche, Eugenische Gesichtspunkte spielen heute keine größere Rolle mehr.

Ein weiterer Punkt ist das Betreuungsgesetz, das eigentlich gut sei. Allerdings seien 95% aller Betreuungen "Rundum-Betreuungen", was einer Total-Entmündigung gleichkäme und in der Praxis eher eine Katastrophe sei.

Mitteilungen aus dem Arbeitskreis:

- Es gibt einen *neuen Band über schlesischer Patienten in der NS-Zeit* (von der Gedenkstätte Pirna Sonnenstein)

Boris Böhm (Hrsg): Vergessene Opfer der NS-Euthanasie. Die Ermordung schlesischer Anstaltspatienten 1940- 1945. (2018)

<https://www.stsg.de/cms/pirna/veroeffentlichungen/gesamtuebersicht>

- **Stellungnahme zum Antrag der AfD** zum angeblichen Zusammenhang von Migration, Behinderung und übertragbaren Krankheiten. Zu finden auf der Webseite des AK:

https://www.ak-ns-euthanasie.de/wp-content/uploads/2018/06/Stellungnahme_Anfragen_AfD_24_04_2018.pdf

Christoph Hanzig: "Ein gesundes Volk ist unser Ziel" - Rassenhygienische Propaganda in der sächsischen NS-Zeitung "Der Freiheitskampf"

Hanzig untersuchte die NS-Zeit "Der Freiheitskampf", die von Otto Strasser herausgegeben wurde, auf rassenhygienische Propaganda im Zeitraum vom 1.8.1930 bis 8.5.1945. Es waren über 60.000 Seiten durchzusehen. Ausgewählt wurde, was auf Sachsen bezogen war.

1930 findet sich ein Beitrag von Gustav Boeters (Zwickau), der Vorreiter in diesen Fragen war, mit dem Titel "Negative Rassenhygiene". Ab Mai 1933 häufen sich dann die Beiträge, insbesondere zur Zwangssterilisation. Unfruchtbarmachung galt als Tat echter Nächstenliebe.

Das Hygiene-Museum in Dresden wird besonders erwähnt, es war eine Art Propaganda-Zentrum für Rassenhygiene. - Das Thema "Euthanasie" taucht nur selten auf. Ein Beitrag befasste sich sogar mit der "Recht-zu-sterben"-Lüge in England. Die Berichte hierzu sind eher neutral.



Christoph Hanzig



Elisabeth Malleier

Elisabeth Malleier: "Hohenberg. Niederösterreich, 23. April 1945"

Als Elisabeth Malleier begann, ihre Familiengeschichte aufzuarbeiten, stieß sie auf Fragen der "Euthanasie" in Südtirol. Zu dem Thema fand auch eine Tagung in Südtirol im April 2018 statt, die sich ebenfalls mit diesen Fragen beschäftigte. Eine T4-Aktion hatte es in Südtirol nicht gegeben, allerdings gab es durchaus einige "Euthanasie"-Fälle.

Ihre Nachforschungen hat Elisabeth Malleier in einem Buch veröffentlicht:

Rabenmutterland. Eine familienbiographische Rekonstruktion, Meran 2016.

Robert Parzer: "Gedenkort-T4.eu - Konzept und Ziel des Relaunches der Informations-Plattform zu den NS-'Euthanasie'-Verbrechen"

Die Webseite "gedenkort-T4.eu" ist überarbeitet worden. Der Fokus liegt dabei u.a. auf Biographien der Opfer sowie den Hinweisen auf verschiedene Gedenkort. Wichtig sei gewesen, nicht zu textlastig zu sein. Es sollte kein neues Buch werden. Als Einschränkung sei jedoch zu sehen, dass die Seite nicht mehr in polnischer Sprache erscheint, auch die Leichte Sprache konnte nicht mehr berücksichtigt werden. Beides wurde kaum abgerufen, so dass der Aufwand nicht im Verhältnis zum Nutzen stand.

In der *Diskussion* wurde heftig kritisiert, dass insbesondere die Leichte Sprache nicht mehr berücksichtigt wurde. Vielleicht könnte es noch geändert werden.



Robert Parzer



Udo Dittmann

Udo Dittmann: "Mahnmal für die 'Euthanasie'- Opfer in Braunschweig"

Am 31.5.2018 wurde ein neues Mahnmal für Opfer der NS- "Euthanasie" auf dem Stadtfriedhof in Braunschweig eingeweiht. Für die 27 namentlich bekannten "Euthanasie"-Opfer gibt es dort auf dem Gelände Urnen. Die Namen der Opfer werden jetzt auf der Stele genannt, so dass sie dadurch eine öffentliche Erinnerung und Würdigung finden. Ein ausführlicher Bericht dazu wird im Rundbrief des Fritz Bauer Freundeskreises erscheinen.

Udo Dittmann, Braunschweig (August 2018)